Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Dienstag, den 7. Januar 1879. Nr. 10.

## Deutschland.

** **Berlin**, 6. Januar. Dem Bundesrath ist der Entwurf des Landeshaushalts-Etat von Elsaß-Lothringen für das nächste Rechnungsjahr vorgelegt worden; außerdem auch ein vom 17. September v. J. datirter internationaler Vertrag in Betreff der gemeinsamen Bekämpfung der Reblauskrankheit. Bekanntlich wurde auf Anregung des schweizerischen Bundesraths im August 1877 zu Lausanne ein internationaler Kongreß Weinbau treibender Staaten zu jenem Zweck abgehalten. Auf Grund der Verhandlungen desselben hatte der schweizerische Bundesrath den Entwurf einer internationalen Konvention aufgestellt und demnächst im September v. J. in Bern eine Konferenz von Vertretern der betheiligten Regierungen zum Zweck der Herbeiführung einer Uebereinkunft veranstaltet. Aus dieser Konferenz ist der vorliegende Vertragsentwurf hervorgegangen.

Von den 15 Mitgliedern der Tarif-Reform-Kommission waren bisher nur 14 ernannt. Jetzt ist als Vertreter des preußischen Handelsministeriums noch der Regierungs-Präsident von Böttiche aus Schleswig berufen und bereits hier eingetroffen. Da am Sonnabend in der zweiten Sitzung der Kommission die Positionen des Zolltarifs gruppenweise an die Mitglieder zur Bearbeitung und Berichterstattung vertheilt sind, so werden in der nächsten Zeit Plenarsitzungen nur dann stattfinden, wenn einer der Referenten zu seiner Information eine solche beantragt.

Zu Mitgliedern der morgen im Reichskanzleramt zusammentretenden Kommission zur Erörterung der Aversen der Zollausschlüsse sind berufen Seitens des Reichskanzleramts Wirkl. Geh. Ober-Regierungsrath Dr. Michaelis als Vorsitzender und der Geh. Regierungsrath Burchard, ferner der badische Ministerialrath Lepique, die preußischen Geh. Ober-Finanzräthe Schulz und von Pommeresche, der Bürgermeister Gildemeister von Bremen und die drei Hamburger Senatoren Dr. Versmann, Dr. Schröder und Chapeaurouge.

Heute findet wieder eine Sitzung der Reichs-Beschwerde-Kommission statt.

Die Meldung, daß der Papst beabsichtige, ein neues Konzil zum Zweck der Lösung der deutschen Kirchenfrage zu berufen, ist so widersinnig, daß man ihren Ursprung gar nicht begreifen kann. Was sollte oder könnte ein Konzil wohl mit der Frage, um die es sich bei dem deutschen Kirchenkonflikt handelt, zu thun haben, und wie wäre das Konzil geeignet, die Verständigung zu erleichtern?

Der General-Postmeister hat die Verkehrsanstalten zur Beseitigung entstandener Zweifel darauf hingewiesen, daß in Betreff der Gebührenfreiheit derjenigen Telegramme, mittelst deren die Wahlkommissarien das Ergebniß der Wahlen zum Reichstage und zum preußischen Abgeordnetenhause melden, nach der allerhöchsten Verordnung vom 2. Juli 1877 folgende Grundsätze gelten: Telegramme, welche die Wahlkommissarien über den Ausfall der Wahlen an das Reichskanzleramt erstatten, sind gebührenfrei; dagegen sind die von Wahlkommissarien an einzelne Behörden der Bundesstaaten gerichteten Telegramme ebenso gebührenpflichtig als die Telegramme der Wahlkommissarien zum preußischen Abgeordnetenhause.

**Berlin**, 6. Januar. Die Kommission zur Revision des Zolltarifes hat nach zwei Sitzungen ihre Plenarsitzungen auf das Unbestimmte vertagt, nachdem die Vertheilung der Referate an die einzelnen Mitglieder stattgefunden hat. In die Kommission ist inzwischen jetzt als weiteres preußisches Mitglied der Regierungspräsident in Schleswig, von Böttiche, eingetreten. Derselbe, welcher auch Mitglied des Reichstages ist und dort der Reichspartei angehört, war früher Hülfsarbeiter im Handelsministerium und im Ministerium des Innern, wo er zum vortragenden Rath avancirte. Die Verhandlungen innerhalb jener zwei Sitzungen können schon nach der Dauer derselben keine in die Materie eingehenden gewesen sein. Es wird dies auch noch ausdrücklich unter dem Zusatz bestätigt, daß die Kommission von jeder General- oder Spezial-Diskussion absehend lediglich ihre Geschäftsordnung geordnet habe. Die prinzipielle Aufgabe der Kommission liegt in der Revision des Zolltarifs; bezüglich der Grundsätze, von welchen die Kommission ausgehen will, wird sie um eine prinzipielle Auseinandersetzung nicht herumkommen, bei welchem Anlaß auch diese Auseinandersetzung einsetzen wird. Die Gegensätze der Interessen sind so große und mannichfaltige, daß die Ausgleichung derselben, je mehr man die Dinge in ihre Einzelheiten verfolgt, um so schwieriger und unlöslicher erscheint. Soweit die Kommission auch mit dem finanzpolitischen Programm befaßt ist, hat sie allerdings eine gebundene Marschroute vor sich und ist an das im verflossenen Sommer in Heidelberg durch die Finanzminister vereinbarte Projekt der Erhöhung der indirekten Reichseinnahmen gebunden. Das Bureau der Kommission ist im Hause Wilhelmsstraße 70a und steht unter der Leitung des Oberzollinspektor v. Buri.

Ueber den Inhalt des in der Sitzung vom Sonnabend verlesenen Schreibens des Reichskanzlers an den Vorsitzenden der Kommission weiß die „Köln. Ztg." zu berichten, „daß Fürst Bismarck trotz des Ergebnisses der Tabaks-Untersuchungskommission noch keineswegs zu anderen Ansichten bekehrt worden ist, sondern ihm das Tabaksmonopol noch immer als Ideal vorschwebt; sodann betont er in dem Schreiben die Nothwendigkeit, durch die Zollreform den Finanzen des Reiches zu Hülfe zu kommen, so daß, wie es scheint, die volkswirthschaftlichen Gesichtspunkte den finanziellen Bedürfnissen untergeordnet werden sollen."

Der „National-Zeitung" berichtet man über den Inhalt dieses Schreibens, daß es eine Kritik des Ergebnisses der Tabaks-Enquetekommission enthalte und den Vorsitzenden der Kommission zu einer Revision jener Beschlüsse im Sinne höherer Erträgnisse des Tabaks auffordert. Die Zolltarif-Kommission wird sich bekanntlich mit einem Obergutachten über die Ergebnisse sämmtlicher Einzelenqueten zu beschäftigen haben. Ob der Reichskanzler in dem beregten Schreiben wirklich den Ausspruch wiederholt, das Tabaksmonopol sei sein Ideal, müssen wir auf sich beruhen lassen. Dagegen läßt die jüngste Aeußerung der „Prov.-Korr." absolut keinen Zweifel darüber, daß der Reichskanzler den Tabak als den Mittelpunkt seines Finanzplanes unverrückt festhält. Es würde auch aus der Vorgeschichte des Fürsten Bismarck schwer sein, ein Beispiel aufzuführen, wo er eine von ihm vertretene Idee wieder hätte fallen lassen. In dem zollpolitischen Labyrinth, welches das Schreiben vom 15. Dezember aufschließt, giebt der Gedanke einer eingreifenden Tabaksbesteuerung den leitenden Faden an die Hand. Das Schreiben des Reichskanzlers, welches Sonnabend verlesen wurde und das sich an die Spitze der Berathungen stellt, unterstreicht wiederum diesen Punkt.

Der von verschiedenen Seiten gemeldete angebliche Beschluß der Tarifkommission, eine Veröffentlichung ihrer wichtigeren Vorgänge eintreten zu lassen, wird von berufener Seite als unzutreffend bezeichnet.

— Zur Lage der Quotisirungsfrage giebt die „B. A. C." die folgenden authentischen Aufklärungen:

Durch verschiedene Zeitungen geht die Nachricht, daß zwischen der nationalliberalen und freikonservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses Abmachungen in Betreff der sogenannten Quotisirung der Einkommen- und Klassensteuer erfolgt seien. Es ist diese Nachricht eine irrthümliche und ihre Entstehung wohl auf die Thatsache zurückzuführen, daß während der Parlamentsferien zwischen einzelnen Mitgliedern der genannten Fraktionen jene Besprechungen über die Quotisirungsfrage fortgesetzt sind, die bereits früher aufgenommen waren und an denen sich auch Mitglieder anderer Fraktionen betheiligt hatten. Jedenfalls ist es erfreulich, die lebhafte Theilnahme konstatiren zu können, welche gerade von Seiten freikonservativer Abgeordneten der Erörterung der Quotisirungsfrage sich zuwendet; es würde die freikonservative Partei durch die Haltung, die sie zur Zeit in dieser Frage einnimmt, übrigens nur ihrer früheren Politik, wie sie durch ihre bedeutendsten Mitglieder entwickelt worden ist, zustimmen. Zugleich schöpfen wir daraus die Hoffnung, daß ein Widerstand gegen die Quotisirung auf Seiten der Regierung nicht vorhanden ist. Es bewährt sich demgemäß die Voraussetzung, die wir von vornherein gehabt haben, daß gegen die Quotisirung der Einkommen- und Klassensteuer ein unüberwindliches Hinderniß nicht vorliegt. Dagegen ist diese Sache nicht von der Art, daß von Abmachungen zwischen einzelnen Parteien die Rede sein kann. Es kommt vielmehr darauf an, daß alle Parteien des Hauses, und zwar ohne das Präjudiz irgend einer früheren Entschließung, ja unter Ausschluß auch selbst jedes Scheines einer solchen, mit der Regierung im Hause selber an den Verhandlungen theilnehmen. Schon darum ist dies nothwendig, weil bei der Quotisirungsfrage so viele Punkte in Betracht kommen, daß allseitig die Gründe gehört werden müssen. Für die Vorbereitung der Verhandlungen im Hause selber ist der richtige Ort die Budgetkommission, wo, da dieselbe aus allen Parteien des Hauses zusammengesetzt ist, sofort sich herausstellen wird, wie das Haus selber zur Quotisirungsfrage steht. Einstweilen können wir uns der Hoffnung nicht verschließen, daß in dieser wichtigen Frage über die leitende Idee eine Uebereinstimmung aller Parteien herbeizuführen sein wird."

— Unter der Ueberschrift „Handelspolitische Entscheidungskämpfe" veröffentlicht die „N. L. C." eine ihr von befreundeter Seite zugegangene Zuschrift, in welcher über die Stellungnahme der nationalliberalen Partei zu dem Wirthschafts-Programm des Reichskanzlers Folgendes ausgeführt wird:

„Die nationalliberale Fraktion wird ihre Neutralität in Bezug auf jede einzelne konkrete Zollfrage gewiß nicht aufgeben. Sie wird dagegen nicht umhin können, feste und klare Stellung zu den gegenwärtig mit solchen Einzelfragen verwebten großen finanzpolitischen Hauptfragen zu nehmen, von deren Lösung unsere ganze fernere Entwickelung abhängt. Sie wird insbesondere über das Maß der dem Reich nöthigen Mehreinnahmen einen unabhängigen Standpunkt zu gewinnen suchen, der ihrer gleich vaterlandsgetreuen und freisinnigen Grundhaltung entspricht. Den im Volke thätigen Kräften kann sie es daneben getrost überlassen, den Streit zwischen Schutz der inländischen Industrie durch Zölle und nicht wieder einzuengendem freiem Grenzverkehr durch eine gründliche allgemeine Auseinandersetzung zu Ende zu führen. Zu einer solchen ist es aus verschiedenen Gründen bisher nie recht gekommen. Vielleicht wird die spätere Geschichtschreibung das Schreiben aus Friedrichsruh vom 15. Dezember 1878 als den Anstoß bezeichnen, der diese gewiß von jedem Gesichtspunkte aus lebhaft zu wünschende definitive Klärung des öffentlichen Geistes und in deren Gefolge die Wiederbefestigung der unleidlich hin- und her schwankenden Zollgesetzgebung zu Wege brachte. Sache der parlamentarischen Parteien ist es, wenn wir Englands Vorbilde trauen wollen, nicht, derartige tiefe Geisteskämpfe der Nation als solcher vorwegzunehmen. Sie setzen am Ende nur in Gesetze und Maßregeln um, was in der öffentlichen Meinung nach erschöpfender freiester Diskussion triumphirt hat."

Wir werden darauf hingewiesen, daß in der hier erscheinenden Wochenschrift „Merkur" ein Aufsatz über das Finanzprogramm des Reichskanzlers sich findet, worin dargelegt und durch Anführung von Beweisstellen zu erhärten versucht wird, daß die Grundzüge jenes Finanzprogrammes in einer Reihenfolge von Artikeln niedergelegt waren, die der „Merkur" im Jahre 1876 veröffentlichte und die der Verfasser, Herr Stöpel, als eigene Broschüre unter dem Titel: „Landwirthschaft und Industrie. Zur Würdigung der agrarischen Bestrebungen. Nebst Vorschlägen zu einer Steuerreform" vor 2 Jahren herausgegeben hat. In dieser Arbeit wird, wie in dem Finanzprogramm des Reichskanzlers, empfohlen, den gesammten Import mit wenigen Ausnahmen einer abgestuften Eingangsabgabe zu unterwerfen, und dies, unter Berufung auf die preußische Tarifgesetzgebung von 1818, „deren Grundsätze", wie der Verfasser meint, „man nie hätte verlassen sollen und deren theilweise Wiederherstellung wir als ein großes reformatorisches Werk betrachten würden", durch die prinzipielle Forderung jener Tarifgesetzgebung motivirt, „daß der heimische Produzent vor dem fremden begünstigt werden müsse."

Wir werden weiter darauf hingewiesen, daß nicht allein in dem Hauptinhalt des Reformvorschlags, sondern auch in der Begründung desselben sich eine unverkennbare Familienähnlichkeit zwischen den Ausführungen des Reichskanzlers und denen der obengenannten Schrift finde. Es wird dort der Satz entwickelt, daß gerade in den höchstentwickelten und reichsten Staaten die Verbrauchssteuern den wesentlichsten Bestandtheil der Staatsauflagen bildeten und daß eine Besteuerung des Imports den Vortheil gewähre, daß die Last der Besteuerung theilweise auf die ausländischen Konkurrenten der heimischen Industrie falle; der Zolltarif sei das Steuerruder der Handels- und zugleich der Finanzpolitik, „das Mittel, die Härten einer nur auf die unumgänglichen, von den Massen konsumirten Bedürfniß-Gegenstände gelegten indirekten Besteuerung zu mildern und Jedem, Arm und Reich, sein wohlgemessen Theil an der Belastung mit indirekten Steuern zu geben."

Ein nach diesen Grundsätzen aufgestellter Zolltarif würde zugleich ein Finanzzoll- und ein Schutztarif sein und unter seinem Regime müßten die Klagen über ungerechte Vertheilung der indirekten Steuern verstummen. Die logische Folgerichtigkeit erfordere aber, daß ein solcher Tarif die Waaren nach ihrem Werth besteuere, „d. h. nach dem Maße der Bedürfniß-Befriedigung und der Leistungsfähigkeit der Konsumenten." Waaren, welche dringende Bedürfnisse aller Klassen befriedigen, müßten am wenigsten besteuert werden, „und aufsteigend, je nach dem Grade der Bedürfnißbefriedigung und (was dasselbe ist) der Leistungsfähigkeit der Konsumenten, die mehr dem Komfort und Luxus dienenden Waaren höher. In diesem Rahmen finden mithin nur Werthzölle ihren Platz, Zölle, die nach dem Werthe der Waaren bemessen sein müssen, wenn sie auch, aus Rücksichten der Konvenienz, in spezifische Zölle umgesetzt werden."

Der Verfasser macht weiterhin spezifizirte Vorschläge und stellt Berechnungen an, die im Resultat denjenigen des Reichskanzlers nahe kommen.

## Ausland.

**Paris**, 4. Januar. Als mit dem Sturze Buffet's im Jahre 1876 der Belagerungszustand, der seit dem Kriege über Paris verhängt war, aufgehoben worden, ergoß sich über das Land eine Fluth von Journalen, wie sie im letzten Jahrzehnt nicht gesehen worden war. Die weitaus größte Mehrzahl jener Blätter war, wie man sich denken kann, von radikaler Gesinnung; im Süden zumal kam und kommt noch jetzt diese Tendenz in der Wahl des Papiers zu chromatischem Ausdruck. Auch in der Datirung des Journals nach dem Revolutionskalender ließen „Corsaire", „Rappel", „Marseillaise" 2c. erkennen, welche Richtung sie vertreten. Diese Organe waren in den Kreisen der ultraradikalen Partei verbreitet, ohne jedoch (am allerwenigsten der „Rappel") die Thaten der Kommunards offen zu billigen; man wagte es höchstens, mit denselben zu liebäugeln. Ein Preisgeben dieser weisen Haltung gab dem „Corsaire" den Todesstoß, die anderen, welche in derselben beharrten, vermochten sich bis auf den heutigen Tag zu behaupten. Seitdem nun die gegen die deutschen Sozialisten ergriffenen Maßregeln die Lust an sozialistischen Erörterungen in Frankreich belebten, entstanden neue Organe, deren eines, „L'Egalité", in seiner ersten Nummer bereits „an die deutschen Brüder" die Solidarität zwischen den Sozialisten dies- und jenseits der Vogesen betonte, und dies in Ausdrücken, welche es der deutschen Presse unmöglich machten, hiervon Notiz zu nehmen. Die französische Gesetzgebung gestattet freilich nicht, gegen das Blatt um dieser Ursache willen gerichtlich vorzugehen. Man mag angesichts der liberalen Handhabung der ohnehin duldsamen Gesetzgebung ermessen, in welcher Weise in der letzten Woche „Le Proletaire" den Regeln politischen Anstandes Hohn gesprochen, wenn gegen ihn ein gerichtliches Verfahren eröffnet wurde, das mit einer Unterdrückung des Blattes enden kann. Man sollte denken, daß der erwähnte Titel für die Richtung des Blattes schon bezeichnend sei; der Herausgeber hat es indeß für zweckmäßig erachtet, demselben noch die erläuternden Worte: „Journal républicain des ouvriers démocrates socialistes" beizufügen. Es verdient der Umstand Beachtung, daß die Franzosen, die für die Bezeichnung moderner Dinge und Verhältnisse sonst nicht verlegen sind, diesmal bei den Deutschen in die Lehre gingen: „démocrates socialistes" riecht nach Uebersetzung. Das Blatt ist angeklagt, den Kommune-Aufstand in etwas nachsichtiger Weise besprochen, seine Helden verherrlicht zu haben. In diesem Punkte hat freilich auch der Liberalismus einer republikanischen Regierung seine Grenzen.

**Paris**, 4. Januar. Die tunesische Angelegenheit hat für Frankreich bei Weitem nicht die Bedeutung, die ihr von der „France" zugeschrieben wurde. Es handelt sich dabei um Interessen, die keineswegs französische sind. Der Konsul Roustant handelte sehr leichtfertig; es ist offiziell durchaus nicht bewiesen, daß er Grund zu Beschwerden über die tunesischen Behörden hatte. Die französische

Regierung verlangte bis jetzt nichts als eine Untersuchung über den Sachverhalt. Die Antwort des Beys ist noch nicht erfolgt.

Der Kriegsminister traf heute auf seiner Besitzung in Franjeaux im Aude-Departement ein. Seine Ankunft trifft mit den Maßregeln zusammen, die zur Verhütung neuer mit Waffengewalt verübter Diebstähle, als deren Urheber spanische Flüchtlinge gelten, im Aude-Departement angeordnet wurden. Der Kriegsminister ordnete an, daß mobile Gendarmeriebrigaden das Land durchziehen.

Die Folgen des entscheidenden Wahlsieges der Republikaner werden sich allem Anscheine nach bald in einer durchgreifenden Umgestaltung derjenigen Beamtenkategorien geltend machen, welche von dem republikanischen Hauche bisher verschont geblieben sind. Ob der Marschall Mac Mahon in seiner Stellung belassen wird, ist wohl die Hauptfrage, die sich eröffnet. An Mitteln, ihm eine weitere Thätigkeit moralisch unmöglich zu machen, werde es nicht fehlen. Falls z. B. der Senat von der Deputirtenkammer auf Grund der noch schwebenden Untersuchung über die Akte des Kabinets vom 16. Mai berufen werden sollte, sich als cour de justice über das Vorgehen des Herzogs de Broglie und Genossen zu konstituiren, so würde Marschall Mac Mahon vor seine Demission gestellt sein. Der Artikel 12 des konstitutionellen Gesetzes „über die Beziehungen der öffentlichen Gewalten" bestimmt, daß die Minister wegen Verbrechen, die sie bei Ausübung ihrer Funktionen verübt haben, in Anklagezustand versetzt werden können und dann durch den Senat abgeurtheilt werden. Die Republikaner sind allerdings bezüglich der Frage, wer an die Stelle des Marschalls Mac Mahon zu setzen wäre, augenblicklich noch zu wenig einig, als daß sie bereits anläßlich jener Untersuchungsaffaire den Sturz des Marschalls insceniren möchten. Können doch die Republikaner in beiden Kammern, welche letzteren nach Art. 3 des konstitutionellen Gesetzes über die Beziehungen der öffentlichen Gewalten mindestens einen Monat vor Ablauf der Amtsbefugnisse des Präsidenten der Republik als Nationalversammlung zusammentreten, um zur Neuwahl des Chefs der Exekutivgewalt zu schreiten, jetzt mit noch größerer Sicherheit, als vorher, darauf rechnen, daß im Jahre 1880 ein Mann ihrer Wahl den Präsidentenstuhl besteigen wird. So viel aber ist sicher, daß die Stellung Mac Mahons politisch und moralisch nunmehr jeden Halt verloren hat.

**Madrid**, 4. Januar. Heute früh um 8¾ Uhr ist Moncasi, der Urheber des Attentats auf den König von Spanien, nach Landessitte mittelst Erdrosselns öffentlich hingerichtet worden. Bis zum letzten Augenblick war Alles in Bewegung gesetzt worden, um für den Verurtheilten eine Straf-Umwandlung zu erwirken. Sein Bruder und sein Vertheidiger hatten in den Kortes und in den Ministerien deshalb die dringendsten Schritte gethan, die Verwendung Castelar's und Sagasta's in Anspruch genommen, und dem Vertheidiger Jimenez del Cerro war es zuletzt auch gelungen, eine Audienz bei dem Ministerpräsidenten zu erwirken. Canovas del Castillo empfing ihn sehr freundlich, gab ihm aber zu verstehen, daß die Hinrichtung eine so gut wie unwiderruflich beschlossene Sache sei, an der auch eine von 7500 Einwohnern von Tarragona und Barcelona, worunter Geistliche, Richter und andere angesehene Leute, gezeichnete Bittschrift nichts ändern könne.

Die 22jährige Frau des Mörders traf gestern, zum ersten Mal in ihrem Leben, in der spanischen Hauptstadt ein; sie brachte ein Kind von kaum 19 Monaten mit und bemühte sich mit ihrem Schwager, eine Audienz beim König und bei der Prinzessin von Asturien zu erhalten. Im Ministerrath, der für seine letzte Entscheidung wartete, bis die Kortes auseinander gegangen und der Neujahrstag vorüber war, wurde der Beschluß, der Gerechtigkeit ihren Lauf zu lassen, fast mit Einstimmigkeit gefaßt; im Schlosse war man dagegen zur Milde geneigt und der König selbst wollte den Mörder begnadigen. Am 1. Januar empfing er den Bruder Moncasi's und seinen Vertheidiger und versprach ihnen noch, die Begnadigung im Ministerrathe zu befürworten, ohne jedoch eine Bürgschaft für dieselbe übernehmen zu wollen. Er blieb dann mit Canovas del Castillo über eine Stunde eingeschlossen. Dieser und die anderen Räthe des Königs machten aber die Staatsraison geltend, die Rücksicht auf die kosmopolitischen und also für die Völker gefährlichen Tendenzen der Königsmörder, welche Rücksicht auch den deutschen Kronprinzen bestimmt hätte, gegen Hödel keine Gnade zu üben.

Mit der Prinzessin von Asturien hatten die beiden Bittsteller nur eine kurze Unterredung; sie versprach, das Ihrige zu Gunsten eines Gnaden-Aktes zu thun. Vorgestern Nachmittag gelangte an den Ministerrath der Spruch des Kassationshofes, welcher an dem Todesurtheil nichts zu ändern fand, und nun wurde definitiv und einstimmig beschlossen, dem König die Verwerfung des Begnadigungs-Gesuches zu empfehlen; Canovas del Castillo und seine Kollegen brauchten wiederum eine Stunde, um den König von der Nothwendigkeit dieses Aktes zu überzeugen.

Gestern früh um 8 Uhr wurde Moncasi in dem Saladero-Gefängniß seinem Richter zugeführt. Er hörte anscheinend gleichgültig die Verlesung des Dekrets in welchem sein Gnadengesuch verworfen wurde, unterschrieb, nachdem man ihm seine Ketten abgenommen, das Protokoll und wurde dann den barmherzigen Brüdern ausgeliefert, die schon seit 1421 den armen Sündern in ihren letzten Stunden beistehen. Da Moncasi zu beichten wünschte, nahm ihm der Gefängnißgeistliche die Beichte ab; auch unterhielt er sich lange mit dem Pfarrer der Kirche San Ildefonso. Er richtete an seine Angehörigen mehrere Briefe, in denen er seine Reue und zugleich die Genugthuung, in dem Schoße der allein selig machenden Kirche zu sterben, aussprach, auch allen seinen Feinden vergeben zu wollen versicherte. Noch um 12 Uhr Abends machte er sein Testament, in welchem er seine Frau zur Erbin einsetzte. Heute früh wurde er in geschlossenem Wagen mit einem Geistlichen und unter militärischer Bedeckung nach dem vor den Thoren der Stadt errichteten Schaffot geführt, wo eine große Menschenmenge des grausen Schauspiels harrte. Man setzte ihn auf einen an einen Pfahl gelehnten Stuhl, legte ihm das Halseisen an; eine Bewegung des Henkers und das Genick war ihm gebrochen. Moncasi hatte bis zum letzten Augenblick die größte Kaltblütigkeit an den Tag gelegt.

Die sozialistischen Umtriebe sind übrigens in Spanien noch nicht vorüber. Nach in Madrid eingegangenen Nachrichten sind in Jerez 7 Mitglieder eines internationalistischen Comité's verhaftet worden; es wurden bei denselben wichtige Schriftstücke vorgefunden und mit Beschlag belegt.

## Provinzielles.

**Stettin**, 7. Januar. Für die heutige Schwurgerichts-Sitzung war eine Anklage gegen den Eigenthümer Johann Völker aus Stolzenhagen wegen vorsätzlicher Brandstiftung angesetzt, welche schon bei der letzten Schwurgerichtsperiode im verflossenen Jahre vertagt worden war. Obwohl zu der heutigen Verhandlung einige 20 Zeugen geladen waren, trat nochmals Vertagung ein, da ein Entlastungszeuge nicht geladen war, auf dessen Aussagen von Seiten der Vertheidigung Gewicht gelegt wurde. — Nachdem der Vertagungsbeschluß durch den Präsidenten verkündet war, wurde der betreffende Zeuge in der Nähe des Kreisgerichts-Gebäudes ermittelt, es konnte jedoch nicht mehr mit der Beweisaufnahme begonnen werden, da sich inzwischen der größte Theil der Herren Geschworenen entfernt hatte; doch dürfte die Anklage noch im Laufe dieser Periode, wahrscheinlich am 15. dieses Monats, zur Verhandlung kommen.

— Zu dem Arbeiter Carl Pretzel, Mühlenstraße 19 wohnhaft, kam am 5. d. M. Nachmittags eine Frauensperson und begann mit dessen Frau ein Gespräch; bald wendete sie sich an ihn und übergab ihm eine silberne Cylinderuhr mit Goldrand (Nr. 9452), bat ihn jedoch, um Gotteswillen Niemand zu erzählen, daß sie ihm die Uhr geschenkt. Durch die angestellten polizeilichen Recherchen ist die Frauensperson als die Wittwe Schulz, geb. Girmann, ermittelt, welche gesteht, die Uhr dem Kellner Zöllner am Neujahrsmorgen, als derselbe in stark angetrunkenem Zustande nach Hause kam, gestohlen zu haben.

— Am 6. d. M, Nachmittags, stand der 8 Jahre alte Sohn des Eisenbahnbeamten Dreyer vor dem Schaufenster einer Spielwaarenhandlung oberhalb der Schuhstraße; da trat ein Maurerbursche heran, ergriff ohne jede Veranlassung den Knaben und warf ihn so heftig zu Boden, daß derselbe einen Bruch des linken Daumes erlitt und ihm außerdem noch zwei Zähne aus- und ein Zahn losbrach.

— Herr Wilh. Bachmann, welcher durch seine trefflichen Reuter-Vorlesungen in unserer Stadt schnell beliebt geworden ist, wird Stettin in den nächsten Tagen verlassen. Um den Freunden der Reuter'schen Muse noch einmal Gelegenheit zu geben, die hervorragendsten Gedichte ihres Lieblingsdichters zu hören, hat sich Herr Bachmann entschlossen, Donnerstag, den 9. d. Mts., im Saale der Friedrich-Wilhelms-Schule noch eine Vorlesung zu halten und werden zu derselben auch Schüler-Billets zu ermäßigten Preisen ausgegeben.

— Dem Regierungs-Assessor Hoefeldt ist die Stelle eines etatsmäßigen Mitgliedes der hiesigen Provinzial-Steuer-Direktion und dem berittenen Gensd'armen Haack in der 2. Gensd'armerie-Brigade die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

— In der Woche vom 29. Dezember bis 4. Januar sind hierselbst 15 männliche und 17 weibliche, in Summa 32 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter 14 Kinder unter 5 und 11 Personen über 50 Jahren.

— In der Untersuchung gegen einen Hausbesitzer, welcher die Wohnung eines seiner Miether zu einem anderen als dem kontraktlich erlaubten Zweck betreten hatte, wegen Hausfriedensbruches, hat das Ober-Tribunal durch Erkenntniß vom 15. November v. J. folgenden Rechtssatz ausgesprochen: Ein widerrechtliches Eindringen in eine fremde Wohnung liegt nicht nur vor, wenn Jemand gegen den ausdrücklich oder durch konkludente Handlungen erklärten Widerspruch des Bewohners die fremde Wohnung betritt, sondern auch dann, wenn der Eintritt in dieselbe wider den wirklichen, vom Eindringenden auch nur vermutheten oder zu vermuthenden Willen des Bewohners erfolgt.

**Richtenberg**, 5. Januar. Vorgestern Abend gegen 9 Uhr wurde die hiesige Einwohnerschaft durch Feuerlärm aufgeschreckt. Nach mancherlei unrichtigen Muthmaßungen kam bald die Nachricht, daß die Brandstätte sich in Schuenhagen, 1 Meile von hier, befinde. Aus bis jetzt noch nicht ermittelter Ursache war dort in der Scheune des Gutspächters Hase Feuer ausgebrochen und das Gebäude, in dem noch erhebliche Quantitäten Getreide vorräthig waren, niedergebrannt. Feuerspritzen und Löschmannschaften waren in genügender Zahl alsbald zur Stelle und blieben andere Gebäude vom Feuer verschont.

**Labes**, 6. Januar. Am Sonnabend Nachmittag wurde der Lehrer Herr Hoppe aus Schwerin, welcher zum Besuch seiner Kinder hierher gekommen war, von durchgehenden Pferden so heftig angerannt und zur Erde geschleudert, daß er eine Gehirnerschütterung erlitt, in Folge deren er bereits verstorben ist.

## Vermischtes.

— Aus dem Koulissenleben. Herr S., ein Schauspieler des Alexandra-Theaters in Petersburg, spielte vor einiger Zeit als Gast im Forstkorps-Theater und gerieth daselbst in Streit mit dem Komiker P., welcher gegenwärtig im Kleinen Theater zu Moskau angestellt ist. Jener drohte diesem, ihm auf der Bühne einen Schabernack zu spielen. Einige Tage später sollte die Operette „Wse mi jajdem lubwi" zur Aufführung kommen und darauf baute Herr S. seinen Plan. Diesem fiel die Rolle des Rigolard, Herrn P. die seines Onkels, eines Händlers mit brasilianischen Affen zu. Dieser ruft nun in jedem Akte bei jeder Gelegenheit aus: „Dies erinnert mich an ein ergötzliches Ereigniß, als ich in Brasilien war, und ich will es Dir erzählen" — worauf sein Neffe ihm entgegnen muß: „Ich weiß, ich weiß, lieber Onkel." In der Probe ging Alles ganz glatt von statten, bei der Aufführung aber sagt der Neffe, Herr S., bei der betreffenden Stelle: „Nun erzähle Onkelchen!" — Herr P. verlor seine Fassung, es trat eine große Pause ein und Herr S. konnte es nicht unterlassen, ihn nochmals um die Erzählung der brasilianischen Anekdote zu bitten. Nur einigermaßen gelang es der Gewandtheit der Souffleurs, dem Herrn P. aus seiner Verlegenheit zu helfen.

— Ein Sprung vom Münster. Aus Bern berichtet das dortige „Intelligenzblatt": Herr Theobald Weinzäpflin, das lustige Schulmeisterlein, über dessen abenteuerliche Luftfahrt von der Höhe der Münsterplattform zu Bern in die grausige Tiefe bei dem „Zähringer" an der Matte in den ersten Morgenstunden des 25. Mai 1654 die historischen Forschungen Herrn W. Petscherins in den Jahrgängen 1878 und 1879 des Berner Taschenbuchs gar interessant nachzulesen sind, hat nach 224 Jahren, 7 Monaten und 2 Tagen einen Nachfolger erhalten. Freitag, den 27. Dezember 1878, um halb 2 Uhr Nachmittags, hat sich Johann Ferdinand Jenny von Homberg, geb. 1835, wohnhaft in Bern, Kellner, verheirathet, Vater von sechs Kindern, der schon seit längerer Zeit an Schwermuth krankte, mit einem Schwunge über die Brustwehr der Plattform neben der dort zum Gedächtniß an seinen Vorgänger Weinzäpflin angebrachten Gedenktafel in die Tiefe hinabgestürzt. Unten fing ihn ein ungeheurer Schneehaufen in seinen weichen Armen auf. Die sofort Herbeieilenden fanden ihn bei voller Besinnung und so wohl erhalten, daß er sofort zu Fuß den Weg nach dem Frickbade antreten konnte, wo er zwei Glas rothen Wein und eine Schüssel Suppe zu sich nahm und mit Behagen verzehrte. Bekanntlich war auch Herr Weinzäpflin trotz der Tiefe von mehreren hundert Fuß mit dem Leben davongekommen.

— In einer baierischen Gerichtsstube. Richter: „Gendarm, führen Sie den nächsten Zeugen vor!" — (Gendarm geht ab und gleich darauf deutet er unter der Thüre nach dem Richter, worauf ein Mann auf denselben zutritt.) — Richter. „Wie heißen Sie?" — Jakob. „Jakob Lorch." — Richter. „Wie alt sind Sie?" — Jakob. „Ich meine, das gehört gar nicht hierher." — Richter. „Wollen Sie augenblicklich sagen, wie alt Sie sind?" — Jakob. „Dreiunddreißig Jahre." — Richter. „Sind Sie lutherisch oder katholisch?" — Jakob. „Aber Herr Richter!" — Richter: „Wenn Sie sich noch einmal unterstehen, mir zu widersprechen, so lasse ich Sie einstecken bei Wasser und Brod." — Jakob. „Ich bin lutherisch." — Richter. „Sind Sie mit den Angeklagten verwandt, verschwägert oder in Diensten?" — Jakob. „Ich? — mit denen? Fällt mir gar nicht ein! Wo denken Sie hin, Herr Richter?" — (Steigendes Gelächter im Publikum.) — Richter. „Enthalten Sie sich der unpassenden Bemerkungen! Erheben Sie die Hand und schwören Sie." — Jakob. „Ich meine aber wirklich, Herr Richter, das wäre unnöthig." (Gelächter im Publikum.) — Richter (erhebt sich wüthend und schreit): „Ich lasse Sie arretiren, wenn Sie sich noch einmal erdreisten, eine Gegenrede zu machen. Heben Sie die Hand in die Höhe, schwören Sie!" — Jakob erhebt die Hand. Der Richter liest ihm den Eid vor und Jakob spricht nach. — Richter. „Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe." — Jakob. „Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe." — Richter. „Alles zu berichten, was ich weiß." — Jakob. „Alles zu berichten, was ich weiß." — Richter. „Nichts zu verschweigen, was zur Aufhellung des Thatbestandes dienen kann." — Jakob „Nichts zu verschweigen, was zur Aufhellung des Thatbestandes dienen kann." — Richter. „Und nichts als die reine Wahrheit zu sagen!" Jakob. „Und nichts als die reine Wahrheit zu sagen!" — Richter. „Amen!" — Jakob. „Amen!" — Richter. „Nun, was haben Sie zu sagen?" Jakob. „Eine schöne Empfehlung vom Herrn Oberst und er ließe Sie auf heute Abend 8 Uhr zum Souper einladen. Das Reh, das er gestern geschossen, ei angekommen!" (Schallendes Gelächter im Publikum.) — Richter. „W—a—a—s? Sind Sie denn kein Zeuge?" — Jakob. „Nein, Herr Richter, ich bin der Bediente des Herrn Oberst und sollte Sie einladen und da ich Sie nicht zu Hause fand, bin ich hierher gekommen. Als ich nach Ihnen fragte, hat mich ein Gendarm da herein gewiesen. (Allgemeine Heiterkeit.)

— (Vor dem Ehehafen.) Er hatte ihr das Geständniß gemacht, daß er sie liebe; erwartungsvoll fragte er sie, ob sie sein Weib werden wolle? Erröthend flüsterte sie ein freudiges „Ja", und die beiderseitigen Eltern hatten ihr Amen dazu gesagt. So stand also nichts entgegen, daß Herr Gustave Simon, der Sohn Jules Simons, des ehemaligen Ministers unter Thiers, das Fräulein Sourdis, das gleichfalls sehr vorsichtig in der Wahl ihrer Eltern vorgegangen — ihr Vater ist Millionär — als Gattin heimführe. Leider hatte aber das glückliche Brautpaar die Rechnung ohne den Rabbiner gemacht. Der alte Sourdis, der zum Jehovah betet, verbleibt nämlich hartnäckig dabei, daß seiner Ansicht nach dem Ehebund auf der Mairie nicht jener vollgültige Stempel aufgeprägt werde, und er stellt es als eine conditio sine qua non hin, daß die Kopulation in vollster Ceremonie im israelitischen Tempel durch den Rabbiner vollzogen werde. Unglücklicherweise hat aber Herr Gustave Simon vor so und so viel Jahren in einer Kirche die heilige Taufe empfangen und der Großrabbi von Frankreich will unter sothanen Umständen nicht gestatten, daß die Trauung nach altehrwürdigem jüdischen Ritus bewirkt werde. Schon deshalb nicht, um für etwaige spätere analoge Fälle kein Präcedens zu schaffen. Sehr, sehr einflußreiche Vermittelungen haben bis zu diesem Augenblicke nicht vermocht, das Veto des Rabbi umzustoßen und nun sorgen spöttische Zungen dafür, daß den armen Verlobten, die allein den Schaden durch diese Affaire haben, der — Spott auch nicht fehle.

— Unsere Bedienten. „Zurück, Jean! — Weiter! — Noch weiter! Glaubst Du denn, man sieht es nicht, daß Du betrunken bist?" — „Oh, wenn ich getrunken habe, das sieht man immer, aber wenn ich Durst habe, — das sieht man nicht!"

— Das „Narrenschiff" verübt folgende Bosheit: „Kaum ein Jahr russisch", sagte Finanz-Direktor Schmidt, als er die bulgarischen Gemeindekassen revidirte, „und schon solch' krasser Nihilismus!"

## Handelsbericht.

**Berlin**, 6. Januaer. (Bericht über Butter und Eier von J. Bergson und Alfred Orgler.)

In der Lage des Buttermarktes hat sich seit Beginn des neuen Jahres Nichts geändert und schloß sich derselbe eng an die in unserem letzten Bericht ausgesprochene Tendenz an. Feinste Marken, in denen die Produktion stark zugenommen, konnten vorwöchentliche Preise nicht behaupten. Feine Mittelwaare mußte in Folge größerer Zufuhren und recht flauer Berichte von den Seeplätzen gleichfalls nachgeben und nur frische geringere Sorten waren etwas gefragt und fest im Preise. Im Allgemeinen ist der Konsum ein sehr schwacher und Manches vom Fest Uebriggebliebene dürfte erst verbraucht werden.

Es notiren ab Versandtorte: Feine und feinste Holsteiner und Mecklenburger 108—114 M., Mittelwaare 102—106 M., feinste Guts- und Pächterbutter 110 M., pommersche 80—90 M., Litthauer 85—100 M., Elbinger 75—85 M., hessische 90—95 M, baierische 78—86 M., thüringische 85—100 M., schlesische 76—78 M., schlesische feine und feinste 80—90 M., mährische frische 63—66 M., galizische frische 66—70 M. per 50 Kilo franko hier.

Auch im neuen Jahre zeigte sich im Eiergeschäft durchaus keine Besserung. Den kleinen Zufuhren steht ein noch schwächerer Bedarf entgegen und Preise mußten nachgeben. Es wurde an letzter Börse mit M. 3,40 bis M. 3,30 per Schock gehandelt. Bei kleinem Geschäft kamen heute Eier mit M 3,30 per Schock zur Notiz.

Detailpreis Mark 3,40 bis Mark 3,45 per Schock.

Durchgang nach hier 282 Fässer, 148 Kisten, nach Hamburg 52 Fässer, 628 Kisten.

## Viehmarkt.

**Berlin**, 6. Januar. Es standen zum Verkauf: 1096 Rinder, 6997 Schweine, 757 Kälber, 3523 Hammel.

Für Rinder gestaltete sich das Geschäft heute etwas lebhafter, als vor 8 Tagen, da der Auftrieb gerade ausreichte und die Schlächter am Schlusse voriger Woche ihren Vorrath ziemlich geräumt hatten. — Die Preise hoben sich für Prima auf 63 bis 65, Sekunda 54—57 Tertia 40—44 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht.

Noch günstiger verlief der Markt für Schweine, da hier recht bedeutende Posten für den Export gekauft wurden. Es erzielten: beste Mecklenburger 47—48, Landschweine 45—46, Russen 37—38 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht. — Bakuner verblieben auf 40—42 Mark bei 55 Pfund Thara.

Kälber wurden zu 50—60 Pf. pro 1 Pfd. Schlachtgewicht langsam begeben.

Für Hammel verzögerte sich das Geschäft durch die anfänglich sehr hohen Forderungen der Verkäufer; der Preis normirte sich schließlich auf 45—55 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht.

## Telegraphische Depeschen.

**Darmstadt**, 6. Januar. Die Gemahlin des Prinzen Heinrich von Hessen, Karoline, Freifrau zu Nidda, ist heute in Trier gestorben.

**Petersburg**, 6. Januar. Ein Extrablatt des „Regierungsboten" theilt mit, daß in Folge des eingetretenen Thauwetters die Epidemie im Jenotajewski'schen Bezirke, welche inzwischen schon im Abnehmen war, wieder heftig auftritt. In Folge dessen sind im Saratow'schen Gouvernement die strengsten Maßregeln ergriffen worden, um einer Einschleppung vorzubeugen. Morgen findet unter dem Vorsitze des Ministers des Innern eine außerordentliche Konferenz der Chefs des Medizinaldepartements und anderer Departements statt, in welcher die Maßregeln zur Unterdrückung der Epidemie berathen werden sollen.